DP DEUTSCHE POLIZEI | Bremen

Tag der Deutschen Einheit: Polizei liefert – jetzt muss der Senat liefern

Sicherheitskonzept aufgegangen – Tausende Überstunden und Millionenkosten dürfen nicht bei der Polizei hängen bleiben



Foto: GdP Bremen

Drei Tage Ausnahmezustand, mehr als 4.000 Einsatzkräfte aus Bremen und dem gesamten Bundesgebiet und eine 18-monatige Vorbereitung: Die Polizei Bremen hat geliefert. Das Sicherheitskonzept für den Tag der Deutschen Einheit ist aufgegangen, die Feierlichkeiten konnten weitgehend sicher und professionell durchgeführt werden. Doch hinter dem erfolgreichen Einsatz steht eine Rechnung, die noch niemand beantworten kann: Wie viele Überstunden sind angefallen, was hat der Einsatz tatsächlich gekostet – und wer übernimmt die Mehrkosten?

Wir ziehen deshalb zwar ein überwiegend positives Fazit, richten den Blick aber bereits auf den Tag danach.

Das war eine enorme Kraftanstrengung für die Polizei Bremen und für alle Unterstützungskräfte aus den anderen Bundesländern. Die 18-monatige Vorbereitung hat sich ausgezahlt. Das Sicherheitskonzept ist aufgegangen und unsere Kolleginnen und Kollegen haben unter enormem Einsatz dafür gesorgt, dass die Menschen in Bremen sicher feiern konnten. Dafür gebührt allen Beteiligten unser größter Respekt und unser ausdrücklicher Dank.

Doch Anerkennung allein reicht jetzt nicht. Die Polizei hat geliefert – jetzt muss die Politik liefern.

Wir können zu Recht stolz auf das sein, was die Polizei Bremen und die Unterstützungskräfte aus dem gesamten Bundesgebiet geleistet haben. Aber Anerkennung darf nicht bei warmen Worten enden. Jetzt muss sich zeigen, ob Politik bereit ist, auch die Konsequenzen dieses Einsatzes zu tragen. Wer Sicherheit bestellt, muss sie auch vollständig finanzieren. Und wer von unseren Kolleginnen und Kollegen einen solchen Kraftakt verlangt, muss ihnen anschließend auch die notwendige Entlastung ermöglichen. Die Polizei Bremen darf nicht auf den Kosten dieses Erfolgs sitzen bleiben.

Unsere Pressemeldung hierzu findet ihr auf unserer Homepage: www.gdp.de/bremen

Nils Winter



Vor dem Haus der Betreuung mit Dierk (li.) und Nils (re.)

Fotos: GdP Bremen



Bremer Kräfte mit Chrissi (li.) und Petra (4. v. li.)

Starke Gemeinschaft beim Tag der Deutschen Einheit

Wenn andere Dienst machen, sind wir da. Unter diesem Motto stand der Betreuungseinsatz der GdP während der Feierlichkeiten vom 2. bis 4. Oktober 2026 zum Tag der Deutschen Einheit in Bremen.

Während Tausende Kolleginnen und Kollegen teilweise über viele Stunden für die Sicherheit der Besucher:innen im Einsatz waren, sorgte die GdP dafür, dass auch diejenigen nicht zu kurz kamen, die für unsere Sicherheit arbeiten.

Besonders stark: Neben unserer GdP-Seniorengruppe packten auch GdP-Mitglieder aus der Fachgruppe Verwaltungspolizei und aus dem geschäftsführenden Landesvorstand tatkräftig mit an. Außerdem haben uns am 3. Oktober 2026 die GdP-Landesbezirke aus Hamburg, Niedersachsen und der Bundespolizei unterstützt. Die Kolleginnen und Kollegen waren mit Einsatzfahrzeugen, Bollerwagen und zu Fuß unterwegs, um die Einsatzkräfte direkt an ihren Einsatzorten zu erreichen. Unter anderem Kaffee, Snacks, GdP-Patches und Starterpakete der Fa. Holy GmbH brachten dabei nicht nur eine kleine Stärkung, sondern vor allem ein wichtiges Signal: Wir sehen euch. Wir stehen hinter euch.

Gemeinschaft kennt kein Dienstende

Die Seniorinnen und Senioren wissen aus eigener Erfahrung, was ein solcher Großeinsatz bedeutet. Umso schöner war es zu erleben, wie selbstverständlich sie ihre ehemaligen Kolleginnen und Kollegen unterstützten.

Ein besonderer Dank gilt der Fa. Holy GmbH, die uns mit Starterpaketen unterstützt hat. Diese fanden bei den Einsatzkräften großen Anklang und wurden unseren ehrenamtlichen Einsatzversorgern teil-



Beim ESD Süd,



...ESD Nord,



...und ESD Mitte



GdP HB und GdP HH



Holy und Patch



Beim ESD Osterholz



Kradfahrer (li.)...



...der Kradstaffel Hessen...



...und noch einer (li.)

weise regelrecht aus den Händen gerissen. Und auch unser GdP-Patch war ein echter Renner: Bereits am Sonntagmorgen waren alle Patches vergriffen.

Was bleibt, ist mehr als die Erinnerung an einen erfolgreichen Betreuungseinsatz. Es bleibt das gute Gefühl, dass die GdP auch bei einem solchen Großereignis an der Seite ihrer Kolleginnen und Kollegen steht.

Denn Gewerkschaft ist mehr als Mitgliedschaft. Gewerkschaft ist Gemeinschaft. Und diese Gemeinschaft kennt kein Alter und kein Dienstende.

Die folgenden Bilder auf diesen Seiten zeigen die ehrenamtlichen GdP-Helfer:innen bei ihrem Betreuungseinsatz und im direkten Austausch mit den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen. **Nils Winter**



Am Wall



Beim E 332



Hessen II

Kontrollgruppe Raser und Poser zurück – aber nicht auf Kosten der Sicherheit an anderer Stelle!

Wer mehr kontrollieren will, muss auch mehr Polizei auf die Straße bringen



Foto: Pixabay

Wir begrüßen den Willen der Regierungsparteien, dass sie den Wiederaufbau der Kontrollgruppe Raser und Poser bei der Polizei Bremen fordern. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass eine spezialisierte Einheit einen wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit leisten kann.

Eine Kontrollgruppe Raser und Poser ist sinnvoll und wichtig. Aber die Regierungsparteien müssen dann auch ehrlich sagen, wo sie dafür bei der Polizei Personal abziehen und welche Aufgaben dadurch möglicherweise nicht mehr erledigt werden können.

Die frühere Kontrollgruppe hatte zahlreiche Brennpunkte in Bremen im Blick. Jedoch wurde die Gruppe aufgrund des bestehenden Personalmangels eingestellt. Gleichzeitig ist die Aufgabenbelastung der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven weiter gestiegen. Hauptbahnhof, Großveranstaltungen, Versammlungslagen, Einsatzbewältigung und zahlreiche weitere polizeiliche Aufgaben müssen parallel bewältigt werden.

„Wir haben keinen spürbaren Personalaufwuchs, aber einen deutlichen Aufgabenaufwuchs. Das passt nicht zusammen."

Deshalb fordern wir einen dauerhaften Personalaufwuchs und das klare Ziel, eine Kontrollgruppe zu schaffen, die sich zu 100 Prozent um Raser, Poser und Verkehrssicherheit kümmern kann. Das Gleiche gilt für die Ortspolizeibehörde Bremerhaven und die Ordnungsämter in Bremen und Bremerhaven. Darüber hinaus müssen bekannte Brennpunkte konsequenter überwacht werden. Wir fordern deshalb unter anderem den Ausbau von zusätzlichen Geschwindigkeitsmessanlagen sowie bauliche Maßnahmen zur effektiven Geschwindigkeitsreduzierung im Bereich neuralgischer Straßenzüge.

Auch der Gesetzgeber ist gefordert. Verstöße durch unnötiges Hin- und Herfahren oder erhebliche Lärmbelästigungen müssen konsequenter verfolgt werden können. Entsprechende Verstöße müssen nicht nur mit einem empfindlichen Bußgeld geahndet werden dürfen, sie sollten bei einer vorsätzlichen Begehung auch zwingend mit Punkten in Flensburg einhergehen.

Wir wollen keine Polizei, die nur noch verwaltet, was gerade am dringendsten brennt. Wir brauchen genügend Personal, damit die Polizei gleichzeitig für Verkehrssicherheit, Kriminalitätsbekämpfung, Einsatzlagen und alle anderen Aufgaben da sein kann. **Nils Winter**

Antrittsbesuch der Fachgruppe Bereitschaftspolizei beim neuen E - L SV

Die Fachgruppe Bereitschaftspolizei hat sich mit Tim Gelineck als neuem ständigen Vertreter der Direktionsleitung Einsatz (E - L SV) zu einem ersten persönlichen Austausch getroffen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen aktuelle Themen, organisatorische Entwicklungen und bestehende Probleme in der Bereitschaftspolizei.

In einem offenen und konstruktiven Gespräch wurden insbesondere die andauernd hohe Einsatzbelastung, die weiterhin unzureichende personelle Situation in den einzelnen Referaten sowie die damit verbundenen Herausforderungen für die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei thematisiert.

Als besonders belastend wurden die Situationen im Polizeigewahrsam und Objektschutz gesehen. Die stark reduzierten Personalstärken in den beiden Referaten erfordern die tägliche Unterstützung aus anderen Bereichen der Bereitschaftspolizei und führen zu einer hohen Unzufriedenheit bei den Kolleginnen und Kollegen. Es ist weiterhin die schnellstmögliche Besetzung der vakanten Funktionsstellen und die Erhöhung der Personalstärken in den Referaten erforderlich, um die dringend erforderliche Entlastung, auch in den unterstützenden Bereichen der Bereitschaftspolizei, zu erreichen.



Foto: GdP Bremen

Mitglieder der FG Bereitschaftspolizei mit dem neuen E - L SV Tim Gelineck (links)

Besonders kritisch sieht die Fachgruppe die aktuellen Planungen für eine regionale Hundertschaft in den mittleren Säulen der regionalen Abteilungen, die regelhaft neben der Bereitschaftspolizei für Maßnahmen aus besonderem Anlass (MabA) eingesetzt werden soll. Es wird weiterhin die Auffassung vertreten, dass diese anspruchsvolle Aufgabe von den dafür speziell ausgebildeten Einsatzkräften der Bereitschaftspolizei durchgeführt werden sollte. Statt eine aufwendige Parallelstruktur mit einem erheblichen Planungs- und Koordinierungsaufwand zu schaffen, könnte eine personell verstärkte Bereitschaftspolizei die Bewältigung der täglichen Einsatzlagen als originäre Aufgabe wieder selbstständig wahrnehmen und dafür von anderen Aufgaben (bspw. der verpflichtenden Unterstützung des TI-Prozesses) entlastet werden. Die Fachgruppe wird den Probelauf aufmerksam begleiten und insbesondere die Auswirkungen auf die Bereitschaftspolizei bezüglich der Aus- und Fortbildung und Unterstützung mit spezialisierten Kräften im Blick haben.

Auch die Ausstattung und die Rahmenbedingungen für die tägliche Aufgabenerfüllung waren Gegenstand des Austauschs. Die Fachgruppe machte dabei deutlich, dass eine angemessene personelle und materielle Ausstattung wesentliche Voraussetzungen dafür sind, die vielfältigen und zunehmend anspruchsvollen Einsatzaufgaben dauerhaft professionell bewältigen zu können. Auch hier sind in fast allen Referaten noch Defizite feststellbar, die zum Teil über Jahre andauern und aufgrund begrenzter finanzieller Möglichkeiten immer wieder zurückgestellt werden mussten. Insbesondere die politisch Verantwortlichen sind gefordert, endlich die Mittel für die Polizei bereitzustellen, die zur Wahrnehmung der täglichen Aufgaben erforderlich sind, um die Sicherheit und den Arbeitsschutz der Kolleginnen und Kollegen zu gewährleisten.

Neben den genannten Themen wurde auch über die Wichtigkeit des Einsatzes polizeilicher Drohnen und über die aktuellen Möglichkeiten der polizeilichen Drohnenabwehr gesprochen. Nicht ahnend, dass sich nur wenige Stunden später ein versuchter Anschlag mit Drohnen am Flughafen Leipzig ereignen sollte. Die Fachgruppe BePo sieht einen erheblichen personellen, materiellen und damit auch finanziellen Investitionsbedarf in die beiden Themenfelder Drohneneinsatz und -abwehr und unterstützt die landes- und bundespolitischen Bemühungen in diese Richtung.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der zukünftigen Entwicklung der Bereitschaftspolizei sowie auf der Frage, wie die Interessen und Anliegen der Beschäftigten frühzeitig berücksichtigt werden können. Dabei wurde die Bedeutung des bereits bestehenden regelmäßigen und direkten Austauschs zwischen der Direktionsleitung Einsatz und der Fachgruppe Bereitschaftspolizei hervorgehoben. Die Fachgruppe begrüßt den konstruktiven Austausch und bedankt sich bei Tim Gelineck für das Angebot, die Gespräche in regelmäßigen Abständen fortzusetzen. **Fachgruppe Bereitschaftspolizei**

Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe 2026,
Landesjournal Bremen, ist der 3. November 2026
Artikel bitte mailen an: ruedigerkloss.dpo1@gmail.com

Beihilfereform in Bremen: Unsere GdP-Initiative zeigt erste Erfolge – aber es bleibt ein dickes Brett zu bohren

Vor einiger Zeit hat sich unsere Seniorengruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bremen mit einem ausführlichen Schreiben an den Senator für Finanzen gewandt und handfeste Verbesserungen im bremischen Beihilferecht gefordert. Nun liegt die offizielle, detaillierte Stellungnahme des Hauses vor.

Die Rückmeldung aus dem Finanzressort zeichnet dabei ein gemischtes Bild. Während wir beim sensiblen Thema der Eigenanteile einen spürbaren Etappenerfolg verbuchen können, stoßen andere zentrale Forderungen unserer Mitglieder vorerst auf den Widerstand der Verwaltung.

Besonders erfreulich ist die Reaktion des Finanzressorts auf unsere Forderung nach einer Begrenzung der Zuzahlungen und der Abschaffung des Selbstbehalts. Hier zeigt sich, dass unser beharrlicher Einsatz wirkt. Das Ressort hat angekündigt, dem Senat noch im ersten Quartal 2027 den Entwurf für eine neugefasste Bremische Beihilfeverordnung vorzulegen. Dieser Entwurf soll konkret zwei wesentliche Verbesserungen enthalten: eine verbindliche Obergrenze für die finanzielle Belastung durch Eigenanteile bei Arzneimitteln sowie die vollständige Abschaffung des bisherigen Selbstbehalts für alle Besoldungsgruppen. Allerdings weist das Finanzressort darauf hin, dass diese Reform organisatorisch an die Einführung eines neuen IT-Fachverfahrens gekoppelt ist.

Weniger erfreulich fällt die Bilanz bei weiteren Kernforderungen aus. So erteilte das Ressort unserer Forderung, den Beihilfebemessungssatz für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger auf mindestens 70 Prozent anzuheben, eine klare Absage. Zur Begründung wird angeführt, dass die Beihilfe lediglich einen ergänzenden Charakter zur privaten Eigenvorsorge hat und die Länder in diesem Bereich gesetzgeberisch frei sind. Das bisherige System in Bremen – bei dem der Bemessungssatz für Versorgungsempfänger beim Vorhandensein eines berücksichtigungsfähigen Angehörigen von 60 auf 65 Prozent steigt – wird von der Behörde als grundsätzlich sozial ausgewogen bewertet.

Auch bei der Beschleunigung der Antragsbearbeitung gibt es keinen Kompromiss im Sinne einer automatischen Frist. Die von uns geforderte gesetzliche Genehmigungsfiktion nach vier Wochen wird strikt abgelehnt. Die Behörde befürchtet durch notwendige Nachprüfungen im Nachgang eine doppelte Arbeitsbelastung und einen massiven Entzug wichtiger Personalkapazitäten bei der Beihilfefestsetzungsstelle.

Beim Thema der Einkommensgrenze für berücksichtigungsfähige Angehörige – die bisher starr bei 12.000 Euro liegt – räumt das Ressort immerhin offen ein, dass die bremische Regelung im Vergleich zum Bund und anderen Bundesländern deutlich zurückbleibt. Ob und in welchem Umfang diese Grenze angepasst werden kann, wird derzeit in den Fachreferaten unter dem Aspekt der finanziellen Machbarkeit geprüft.

Um die oft kritisierten Bearbeitungszeiten bei Performa Nord ohne starre Fristen in den Griff zu bekommen, setzt das Land voll auf die Digitalisierung. Im vierten Quartal 2026 soll das neue Fachverfahren BEIREFA eingeführt werden, das durch moderne Automatisierungsprozesse die Abläufe spürbar beschleunigen soll. Das Finanzressort hat zugesagt, die tatsächlichen Bearbeitungszeiten weiterhin sehr eng zu beobachten und bei Bedarf nachzusteuern.

Unsere Initiative als GdP-Seniorengruppe hat wichtige und überfällige Bewegung in die politische Diskussion gebracht. Wir behalten die weiteren Entwicklungen – insbesondere im Hinblick auf die geplante Verordnungsnovelle und die Einführung des neuen Fachverfahrens – fest im Auge und werden diesen Prozess für Sie kritisch und konstruktiv begleiten.

Heinfried Keithahn

Wie steht es um die Zukunft der bürgernahen Ämter in Bremen?

Die Fachgruppe Verwaltungspolizei lädt alle interessierten Mitglieder herzlich zu einem Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Politik ein. Kevin Lenkeit (SPD) und Dr. Tim Haga (CDU) gehen mit uns in den Austausch. Die Veranstaltung findet am 25. November um 15:30 Uhr in der Landesgeschäftsstelle der GdP Bremen statt.

Die finanzielle Lage ist angespannt: Nach Aussage von Finanzsenator Fecker wird es keine tarifliche Zulage für Beschäftigte in den bürgernahen Ämtern geben. Gleichzeitig sind die Bearbeitungszeiten bei Anträgen, etwa im Migrationsamt oder der Wohngeldstelle, lang. Trotz dieser Herausforderungen sollen jährlich 1,45 Prozent der Stellen im bremischen öffentlichen Dienst eingespart werden – eine Ausnahme für die bürgernahen Ämter ist nicht vorgesehen.

Vor der Bürgerschaftswahl im kommenden Jahr möchten wir gemeinsam mit Euch klären: Wie sieht die Zukunft der bürgernahen Ämter in Bremen aus? Kommt vorbei, teilt Eure Erfahrungen und Anliegen, damit die Politik erfährt, wie die Arbeit an der Basis wirklich aussieht und die Interessen der Beschäftigten Gehör finden.

Um Anmeldung unter
denis.geger@gdp-hb.de wird gebeten.

Wir freuen uns auf eine zahlreiche Teilnahme und einen offenen Austausch.

Eure Fachgruppe Verwaltungspolizei

DP – Deutsche Polizei
Bremen

ISSN 0170-642X

Geschäftsstelle
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon (0421) 949585-0
Telefax (0421) 949585-9
www.gdp.de/bremen, bremen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78,
28195 Bremen

Fast Lane zur Fachkräftegewinnung darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten entstehen

Der Senat und die Handelskammer haben sich auf eine „Fast Lane für Fachkräfte“ geeinigt. Dafür soll eine Beratungsstelle des Migrationsamtes direkt bei der Handelskammer eröffnet werden, um diese Vorgänge vorrangig zu bearbeiten.

Vom Senat wurden hierfür vier zusätzliche Stellen beim Migrationsamt bewilligt. Demgegenüber steht aber auch der vom Senat beschlossene Personalabbau von 1,45 Prozent, welcher auch das Migrationsamt betrifft. Damit würden lediglich Stellen auf dem Papier verschoben. Anstatt einer echten personellen Verstärkung droht damit eine weitere Belastung der ohnehin schon überlasteten Belegschaft. „Ein Amt, das seit Jahren an seinen Grenzen angekommen ist, kann man nicht mit Personaleinsparungen belasten und gleichzeitig neue Aufgaben zuweisen. Vier zusätzliche Stellen sind ein erster Schritt, um die „Fast Lane“ in Betrieb zu nehmen, reichen aber nicht aus, um die Belegschaft zu entlasten und Bearbeitungsrückstände abzubauen“, so Denis Geger, Fachgruppenvorsitzender der Fachgruppe Verwaltungspolizei bei der GdP Bremen.

Egal ob Einbürgerungsverfahren oder Verlängerungen von Aufenthaltstiteln, überall beim Migrationsamt warten die Bremer:innen sehr lange auf Entscheidung. Das setzt sie einer gewissen Unsicherheit aus. Diesen Druck spüren auch die Beschäftigten.

Als GdP Bremen fordern wir daher, dass die Beschäftigten im Migrationsamt endlich mehr Unterstützung erhalten. Die technische Ausstattung und ein veraltetes Fachverfahren erschweren die elektronische Bearbeitung zusätzlich und kosten viel Zeit.

Darüber hinaus muss der Senat dringend Lösungen finden, um die Bearbeitungsrückstände effizient abzubauen. Für die Beschäftigten wie auch für die Bürger:innen ist der aktuelle Zustand nicht länger hinnehmbar.

„Wir werden uns weiterhin für die Belange der Kolleginnen und Kollegen im Migrationsamt einsetzen. Bisher wurden von der Behörde viele Versuche unternommen, um die Arbeitseffizienz zu steigern, doch aufgrund der immer größeren Arbeitsmenge bleiben messbare Erfolge aus und das muss sich endlich ändern“, fordert Geger mit Blick auf die Pläne des Senats.

Fachgruppe Verwaltungspolizei

GdP-Bildungsprogramm 2027

Mehrtägige Fachgruppentagungen
„Die Gewerkschaft in der Gesellschaft“

Senioren
19.–21.04.2027
Schutzpolizei
21.–23.04.2027
Zentrale Dienste
03.–05.05.2027
Senioren
19.–21.05.2027
Verwaltungspolizei
21.–23.06.2027

Wasserschutz- und Verkehrspolizei
23.–25.06.2027
Kripo
28.–30.06.2027
Bereitschaftspolizei
30.06.–02.07.2027
Frauengruppe
11.–13.10.2027
Junge Gruppe
13.–15.10.2026

Vorbereitung auf den Ruhestand
15.–16.02.2027
Herbst-Termin noch offen

Jeddinger Hof, Visselhövede

wisoak Bad Zwischenahn

Für alle Seminare kann Bildungszeit beim Dienstherrn beantragt werden.

Für die Seminare in Bad Zwischenahn fällt eine Verpflegungspauschale in Höhe von 50 Euro pro Person an.

Für das Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ beträgt die Verpflegungspauschale 35 Euro pro Person.

Seminaranmeldungen sind ab sofort möglich. Entweder ruft ihr Gaby Buziek, Tel. (0421) 949585-4 persönlich an oder schreibt eine Mail an Gaby.Buziek@gdp.de.

Wir wünschen allen Seminarteilnehmern viel Spaß, wertvolle Erfahrungen und am Ende des Seminars die Erkenntnis:
GdP – gut, dass es sie gibt. – Der Seminarbesuch hat sich gelohnt.

Die Pension ist nicht die ganze Geschichte

Warum die Initiative der Staatsräte die Debatte neu anheizt – und der Blick auf die Versorgung viel zu kurz greift.

Die Meldung machte schnell die Runde: Staatsräte der Besoldungsgruppe B 7 verzichten freiwillig auf ihnen zustehende Nachzahlungen. Was als Signal der Bescheidenheit gedacht war, schlägt in der Öffentlichkeit rasch ins Gegenteil um. In den Medien und an den Stammtischen keimt sofort wieder der gewohnte Reflex auf: Den Beamten geht es ohnehin zu gut. Wenn selbst Top-Beamte auf Geld verzichten können, muss da doch im System viel zu holen sein. Das Etikett der Privilegierung ist schnell aufgeklebt. Doch wer so argumentiert, rechnet falsch. Man blickt stur auf das Ergebnis am Ende des Arbeitslebens und blendet alles aus, was davor lag: Qualifikationen, Systementscheidungen und die echten Alternativen in der freien Wirtschaft.

Die freie Wirtschaft war immer eine Option

Kaum jemand geht aus Mangel an Alternativen zur Polizei oder in die Verwaltung. Wer die nötige Eignung und Leistung mitbringt, hätte auch in der Wirtschaft Karriere machen können. Ich habe das selbst erlebt. Nach der Schule verließ ich mich nicht auf das erstbeste Angebot. Meine Eltern rieten mir damals dringend zu einer Banklehre. Die Privatwirtschaft lag greifbar vor mir, mit allen Chancen auf ein attraktives Gehalt. Dass ich mich trotzdem für den öffentlichen Dienst entschied, lag keineswegs an fehlenden Optionen, sondern war eine bewusste Lebensentscheidung. Genau an diesem Punkt hinkt die aktuelle Debatte gewaltig: Warum vergleicht man stur die monatliche Überweisung im Ruhestand, statt nach den Startbedingungen zu fragen?

Das Gesamtpaket zählt

Ein Berufsweg lässt sich weder an den Gesten von B-Besoldeten noch an der späteren Pensionsurkunde messen. Man muss das Gesamtpaket über Jahrzehnte betrachten. Anfang der 1980er-Jahre musste ich private Kredite mit zwölf Prozent Zinsen finanzieren. Meine Schwägerin wiederum bekam in ihrem Unternehmen ein Darlehen zu einem Prozent – und obendrein 14 Monatsgehälter. Solche Quervergleiche zeigen, dass das reine Grundgehalt nie die ganze Wahrheit ist. Branche, Zeitpunkt und Zusatzleistungen machen enorme Unterschiede. Wer in den Staatsdienst geht, akzeptiert klare Spielregeln. Bei der Polizei gehören Dienst- und Treuepflicht, gesundheitliche Risiken im Schichtdienst, fehlendes Streikrecht und der Verzicht auf freie Gehaltsverhandlungen dazu. Die spätere Altersversorgung ist kein Geschenk, sondern die logische Kehrseite dieser Entscheidung. Sie ist das Resultat eines Erwerbslebens, in dem man sich gegen die Spitzenverdienste der Wirtschaft entschieden hat.

Schluss mit der Neiddebatte

Man kann und darf über Versorgungsfragen diskutieren. Aber der ständige Neidfaktor führt in die Irre. Wer die biografischen Hintergründe, die Einstiegsbedingungen und die eigentliche Lebensleistung einfach ignoriert, macht es sich schlicht zu einfach. Die Versorgung von Beamtinnen und Beamten fällt nicht vom Himmel, sondern ist der Gegenwert für eine lebenslange Pflichterfüllung im Dienst des Staates. Es wird Zeit, dass diese Debatte endlich wieder sachlich geführt wird. **Heinfried Keithahn**